



Brüssel, den 6. Juli 2018
(OR. en)

10874/18

Interinstitutionelle Dossiers:

2018/0217 (COD)

2018/0218 (COD)

2018/0216 (COD)

**AGRI 339
AGRIFIN 74
AGRISTR 51
AGRILEG 110
AGRIORG 53
CODEC 1239
CADREFIN 146**

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Rat

Nr. Komm.dok.: 9645/18 + COR 1 + ADD 1
9634/18 + COR 1 + ADD 1
9556/18 + REV 1 (en, de, fr) + COR 1

Betr.: GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020
- *Informationen der Kommission*
- *Gedankenaustausch*

Die Europäische Kommission hat in der ersten Jahreshälfte 2017 eine öffentliche Konsultation zur "Modernisierung und Vereinfachung der GAP" durchgeführt, bei der die meisten aktuellen politischen Instrumente grundsätzlich bestätigt wurden; gleichzeitig stach als Ergebnis hervor, dass übermäßige Bürokratie eines der wichtigsten Hindernisse für das Erreichen der Ziele der GAP darstellt. Aufgrund der Konsultation sowie der Erfahrungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Organe sind **Vereinfachung** und **Subsidiarität** daher zwei entscheidende Zielsetzungen in den Vorschlägen der Kommission für die GAP nach 2020. Sie könnten sogar als Leitmotiv der Vorschläge bezeichnet werden.

Sowohl Vereinfachung als auch Subsidiarität sollten grundsätzlich durch das **neue Umsetzungsmodell** erbracht werden, bei dem grundlegende politische Parameter (eine Reihe gemeinsamer Ziele, weit gefasste Interventionsarten, grundlegende Anforderungen, Grundsätze für Kontrollen) festgelegt werden, wobei die Mitgliedstaaten die Verantwortung dafür tragen, wie die Ziele und die vereinbarten Zielwerte am besten zu erreichen sind. Die Kommission vertritt die Ansicht, dass durch die Abschaffung der Kriterien für die Förderfähigkeit auf EU-Ebene und dadurch, dass es den Mitgliedstaaten gestattet wird, ihre Maßnahmen – einschließlich der Förderbedingungen – im Einzelnen selbst so festzulegen, dass sie am besten für ihre speziellen Gegebenheiten geeignet sind, eine erhebliche Vereinfachung erreicht werden sollte. Gemäß den vorgeschlagenen Rechtsakten würden beispielsweise statt vieler ausführlicher Vorschriften auf EU-Ebene zu **Investitionen** gemeinsame politische Zielvorgaben und nur wenige Grundregeln festgelegt, während die Mitgliedstaaten in der Lage wären, geeignete Maßnahmen und Förderfähigkeitsregeln festzulegen, die auf ihre jeweiligen Bedürfnisse und die Besonderheiten, wie diese am besten zu erreichen sind, zugeschnitten sind.

Die ersten Reaktionen der Mitgliedstaaten haben gezeigt, wie wichtig ihnen sowohl Vereinfachung als auch Subsidiarität sind, aber auch, dass sorgfältig geprüft werden muss, welche Verwaltungslast die Vorschläge möglicherweise für die Landwirte und die nationalen Behörden mit sich bringen.

Fragen an die Ministerinnen und Minister

- ⇒ **Sind Sie der Ansicht, dass die Vorschläge weit genug gehen, um eine wirkliche Vereinfachung für Landwirte und Behörden sowie echte Subsidiarität zu erreichen und dabei gleichzeitig einen gemeinsamen Rahmen zu wahren?**
- ⇒ **Wenn nicht, könnten Sie bitte konkrete Beispiele geben, wo weitere Vereinfachung und Subsidiarität möglich sind?**